

Sind Vierjährige zu jung für den Chindsgi?

Eltern wollen laut einer Umfrage selber entscheiden, ob ihr Kind reif für die Einschulung ist. Experten sind skeptisch

Nadja Pastega

Einschulen mit vier oder lieber noch nicht? Darüber zerbrechen sich viele Eltern vor dem Start des neuen Schuljahres den Kopf. In den meisten Kantonen ist der Eintritt in den Kindergarten mit vier Jahren Pflicht. Doch das wird nicht überall gleich strikt befolgt. «Die Quote der Kinder, die zurückgestellt werden, unterscheidet sich je nach Kanton massiv», sagt Stefan Wolter, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung. «Im Aargau werden 25 Prozent der Kinder verspätet eingeschult, in Basel-Stadt nur 1 Prozent.»

Altersvorsprung kann sich auf die Schulleistungen auswirken

Mit unterschiedlicher Schulreife könne man das nicht erklären, sagt Wolter. «Es kann ja nicht sein, dass Kinder körperlich und geistig weniger weit entwickelt sind, nur weil sie im Aargau statt in Basel wohnen.» Ein Grund für die grossen Unterschiede bei den Rückstellungsquoten seien vielmehr «der Wille und die Präferenzen der Eltern», die ihr Kind nicht regulär einschulen wollen – und das bei den Behörden auch durchbringen.

Eine repräsentative Umfrage, die ein Forscherteam um Wolter



Der Altersunterschied in den Kindergärten kann bis zu 24 Monate betragen

Foto: Reto Oeschger

durchgeführt hat, zeigt, wie gross die Vorbehalte sind, wenn es um die Einschulung von Vierjährigen geht. Befragt wurden landesweit 6000 Schweizerinnen und Schweizer. Ergebnis: Eine Mehrheit von 60 Prozent will, dass die Eltern selber über die Einschulung ihres Kindes entscheiden können – und nicht mehr der Staat. Besonders Väter und Mütter, die gerade Kin-

der im schulpflichtigen Alter haben, plädieren dafür. Jeder Dritte findet zudem, dass die Kinder beim Eintritt in den Kindergarten zu jung sind. «Vor allem in jenen Kantonen, in denen überdurchschnittlich viele Kinder zurückgestellt werden, ist diese Einschätzung verbreitet», sagt Wolter. «Das zeigt: Da werden Kinder entgegen ihrem Entwicklungsstand nicht einge-

schult, weil die Eltern nicht wollen, dass ihr Kind in den Chindsgi geht.»

Für die Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm sind die Umfrageergebnisse ein Misstrauensvotum. «Es gibt ein grosses Unbehagen, dass man die Kinder mit vier Jahren obligatorisch in den Kindergarten schicken muss», sagt Stamm. Manche schrecke auch ab, weil der Chindsgi vielerorts «ver-



Bildungsforscher
Stefan Wolter

Foto:Keystone

schult» und nicht mehr «verspielt» sei. «Heute gibt es schon für Kindergärtler mehrseitige Standortbestimmungen. Die Eltern bekommen Rückmeldung, welche «Defizite» ihr Kind hat», sagt Stamm. «Für viele ist das ein Schock.»

Oft geht es auch darum, dass Eltern ihrem Kind nicht «ein Jahr seiner Kindheit stehlen» wollen. Mit Plakaten von weinenden Kindern wurde in einigen Kantonen Stimmung gegen den Beitritt zum Harmos-Konkordat gemacht. Die Debatte entzündete sich vor allem an der frühen Einschulung.

Doch Bildungsforscher Wolter warnt, dass Kinder, die verspätet ins Schulleben starten, zu Problemen führen: «Es kommt zu mehr Ungerechtigkeiten an den Schulen.» Der Grund: Wenn alle Kinder regulär eingeschult werden, be-

trägt der Altersunterschied in einer Klasse höchstens 12 Monate – mit den Rückstellungen erhöht er sich auf bis zu 24 Monate. «Zwei Jahre sind massiv», sagt Wolter. «Das verschafft den später eingeschulierten Kindern einen entscheidenden Vorsprung, weil sie in der Entwicklung weiter sind.»

In solchen Klassen haben die Jüngsten bei Selektionsentscheidungen wie dem Übertritt ins Gymnasium, in die Sek- oder Realschule praktisch keine Chance. «Im Sport kommt keiner auf die Idee, einen Zehn- gegen einen Zwölfjährigen antreten zu lassen. Aber in der Schule sitzen alle in der gleichen Prüfung und werden nach dem gleichen Schema beurteilt.» Mit anderen Worten: Mit einer Rückstellung verschafft man seinem Kind einen handfesten Vorteil.

Wolter weiss von Fällen, in denen Eltern versucht haben, den Schulstart ihres Kindes zu verschieben, damit es nicht zu den Jüngsten gehört. «Diese Ungerechtigkeit wird noch zunehmen, wenn Eltern selber über die Einschulung entscheiden können – dann werden noch mehr Kinder zu spät eingeschult», sagt Wolter. «Am fairsten ist es, wenn die Behörden möglichst starr nach Alter einschulen. Damit erzielt man die grösste Chancengleichheit.»